

Mit berechnender Vernunft ins Wahljahr

FDP Delegiertenversammlung segnet Listenverbindung mit der BDP für Nationalratswahlen ab

VON MARCO ZWAHLEN

«Wir haben eine grosse inhaltliche Übereinstimmung und pflegen den gleichen politischen Stil», nannte Präsident Christian Scheuermeyer an der FDP-Delegiertenversammlung vom Mittwoch sachliche Gründe für eine Listenverbindung mit der BDP. Gleichzeitig wolle die BDP nicht, dass ihre Stimmen bei den Nationalratswahlen im Oktober 2011 verpuffen. Sie wolle, dass ihre Stimmen der politischen Mitte zugutekommen. Keinen Hohl machte Scheuermeyer daher um die durchaus berechnenden Argumente für seine Partei: «Gehen wir die Listenverbindung nicht ein, mache es die CVP.» Und an diese hat die FDP 2007 wegen 0,8 Wählerprozent ihren zweiten Sitz in der grossen Kammer verloren. Mit den 1 bis 3 Wählerprozent, welche die BDP hole, könne man diesen zweiten Sitz zurückerobern.

Kritik am Vorgehen des Vorstandes

Als «Nullsummenspiel» kritisierte hingegen Hans-Peter Kuratle (Härkingen) eine Listenverbindung mit der BDP scharf. Sauer ist er auch darüber, dass der Parteivorstand seine Absicht einfach via Medien (exklusiv in der az Solothurner Zeitung) ankündigt, ohne dass die Basis je davon gehört habe. Scheuermeyer entgegnete, dass die Basis keineswegs übergangen werde. Die Listenverbindung mache nur Sinn, wenn eine klare Mehrheit dahinterstehe. Finanzdirektor Christian Wanner, der bekanntlich BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf in

Stimmen werden am Schluss gezählt, nicht gewogen.

Christian Wanner, Regierungsrat

die FDP aufnehmen möchte, legte sich klar für den Pakt ins Zeug: «Das ist der letzte Moment, Erfolg zu haben, sonst wird die Partei in den nächsten Jahren grosse Probleme haben.» Die FDP könne es sich leider nicht mehr leisten, allen anderen zu



Die Parteipräsidenten Ernest Cavin (BDP) und Christian Scheuermeyer (FDP) haben die Listenverbindung bei den Parteiversammlungen durchgebracht.

OLIVER MENGE

■ PAROLEN: NEIN ZUR SVP- UND SP-INITIATIVE

Die FDP Kanton Solothurn hat die Parolen zu den eidgenössischen Vorlagen vom 28. November gefasst. Von 126 Delegierten sprach sich die klare Mehrheit für den von der FDP lancierten **Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative** aus. 20 Delegierte befürworteten die SVP-Initiative. Für diese kämpfte als Gastreferent Patrick Freuder (SVP, Langenthal). Für ihn ist der Gegenvorschlag zahllos. Ständerat Rolf Büttiker (Wolfwil) bezeichnete in seinem Pro-Gegenvorschlag-Referat die Initiative als «schno-

drig» abgefasst. Der Katalog der Straftatbestände sei willkürlich und lückenhaft. Mit der Initiative könnte etwa der Raser von Schönenwerd nicht ausgeschafft werden, mit dem Gegenvorschlag hingegen schon. «Wir haben zwar nicht die Millionen vom Zürcher Herrliberg, aber die besseren Argumente», so Büttiker. Er musste jedoch feststellen, dass nicht einmal die eigenen Parteileute die Argumente kennen. Zumindest ein Delegierter, der für die SVP-Initiative votierte, gab zu, den Gegenvorschlag nicht gele-

sen zu haben. Rot wurde er dabei aber nicht. Eine einstimmige **Nein-Parole resultierte zur Steuergerechtigkeits-Initiative der SP**. Mit dieser soll laut Gastreferentin Susanne Schaffner (SP, Olten) dem für den Mittelstand schädlichen und unsäglichen Steuerdumping für Superreiche unter den Kantonen ein Riegel geschoben werden. Nationalrat Kurt Fluri (Solothurn) sieht in der Initiative urtypische linke Anliegen, die da seien: eine Reichensteuer und Zentralisation statt Föderalismus. (MZ)

sagen, «blast uns in die Schuhe». Max Flückiger (Solothurn) hielt nüchtern fest: «Wahlen sind Mathematik, die bei Proporzahlen umso wichtiger ist.» Er appellierte an die 126 Delegierten, die Emotionen zurückzustellen und die Vernunft ins Zentrum zu rücken. Und Kantonsrat Markus Grüter (Biberist) hielt fest, dass es sich die Partei kaum leisten könne, auf die Listenverbindung zu verzichten. «Es geht um die Kunst des Machbaren.»

Mit 116:5 Stimmen segneten die Delegierten die Listenverbindung mit der BDP für die Nationalratswahlen ab. Damit gehen die Solothurner Freisinnigen erstmals eine Listenverbindung ein. Und nachdem gestern Abend die BDP-Basis dieser ebenfalls zugestimmt hat (siehe Artikel rechts) ist die landesweit erste Listenverbindung von FDP und BDP perfekt.

Mit zwei Listen ins Rennen

Die Delegierten haben zudem einstimmig beschlossen, mit zwei Listen zu den Nationalratswahlen anzutreten. 2007 trat die Partei mit nur einer Liste an. Wie Nationalrat Kurt Fluri (Solothurn) von der Arbeitsgruppe Wahlen erklärte, soll ein breites Wählerspektrum angesprochen werden. Den Amteiparteien und betroffenen Ortsparteien sei eine Liste mit 41 möglichen Kandidatinnen und Kandidaten zugestellt worden. Dies mit der Aufforderung, abzuklären, ob diese Kandidaten kandidieren wollen. Fluri betonte, dass das Feld offen sei. Namen waren an der Versammlung keine in Erfahrung zu bringen. Bis Ende Januar müssen die Nominierungen gemeldet sein. Ende März findet dann die Nominationsversammlung der Kantonalpartei statt. Über das Prozedere bei den Ständeratswahlen informierte Kantonsrat Remo Ankli (Beinwil) von der Arbeitsgruppe Wahlen. Fürs Stöckli haben bis jetzt Kurt Fluri und Ex-Regierungsrätin Ruth Gisi (Hochwald) ihr Interesse angemeldet. Auch hier sei aber das Feld offen. Bis Ende Jahr müssen die Kandidatinnen und Kandidaten nominiert sein. An der Nominationsversammlung vom 11. Januar soll dann eine Person ins Rennen geschickt werden.

BDP sagt Ja zur Listenverbindung

VON STEFAN FRECH

Parteiversammlung Die BDP Kanton Solothurn hat gestern Abend einstimmig der Listenverbindung mit der FDP. Die Liberalen bei den Nationalratswahlen 2011 zugestimmt. Der Vorstand machte die Kooperation den Parteimitgliedern mit dem Argument schmackhaft, dass die BDP-Stimmen zu einer Stärkung der bürgerlichen Mitte beitragen müssten. «Für einen eigenen Sitz reicht es kaum. Unsere Stimmen dürfen also nicht verpuffen», erklärte der Vize-Präsident der BDP und ehemalige FDP-Politiker Markus Dietschi. Trotzdem gab es auch wenige skeptische Stimmen: Ein Mitglied hielt eine Listenverbindung für verfrüht. «Die Solothurner BDP sollte zuerst ihr eigenes Profil schärfen – und zwar rechts der Mitte.» Für ein anderes BDP-Mitglied wäre auch ein Zusammengehen mit der CVP denkbar gewesen. «Dann hätten wir aber auch mit der EVP und glp zusammenarbeiten müssen», konterte Parteipräsident Ernest Cavin. «Es wäre schwieriger geworden, unsere Interessen zu vertreten.» Schliesslich folgten die 13 in Solothurn anwesenden Parteimitglieder (zur Hälfte jüngere Männer, eine Frau) einstimmig dem Vorstand und sprachen sich für eine Listenverbindung mit der FDP aus. Zudem nominierte die BDP sogleich die ersten vier Kandidaten für die Nationalratswahlen: Pirmin Berger (Etziken), Ernest Cavin (Gosslwil), Markus Dietschi (Selzach) und Ruth Neuenchwander (Gosslwil).

Parolen für die Abstimmungen

Während die BDP-Mitglieder die SP-Steuergerechtigkeits-Initiative mit 1:0 (bei 1 Enthaltung) klar und diskussionslos ablehnten, machten sie sich die Entscheidungsfindung in Sachen Ausschaffungsinitiative weit schwerer. In einer regen Diskussion wurden die Vor- und Nachteile von Initiative und Gegenvorschlag abgewogen. Während eine Minderheit ein hartes Durchgreifen forderte, warnte die Mehrheit davor, die Richter zu bevormunden und die EU vor den Kopf zu stossen. Die SVP-Initiative wurde mit 9:0 Stimmen abgelehnt (4 Enthaltungen), der Gegenvorschlag mit 12:0 (1 Enthaltung) angenommen.

Den Pleitegeier verscheuchen

Schuldenberatung Der Regierungsrat hat eine neue, auf den ganzen Kanton ausgedehnte Leistungsvereinbarung mit dem Verein Schuldenberatung Aargau/Solothurn abgeschlossen. Das bisherige Leistungsvolumen wird auf den ganzen Kanton ausgedehnt und erhöht. Neu soll im oberen Kantonsteil (Region oberer Leberberg) ein Beratungszentrum geschaffen werden. Im Schwarzbubenland arbeitet der Verein für Schuldenberatung Aargau/Solothurn wie bis anhin mit Subvertragspartnern zusammen (im Dorneck mit der Fachstelle für Schuldenfragen Baselland und im Thierstein mit der Fachstelle Plusminus in Basel). Die neue Vereinbarung wurde nötig, weil die beiden bisherigen Leistungserbringer, der solothurnische Verein für Schuldensanierung und die Fachstelle für Schuldenfragen Aargau, per 1. Januar 2011 zum Verein Schuldenberatung Aargau/Solothurn fusionieren.

Die jährlichen Kosten des Auftrages an den neuen Verein belaufen sich auf 125 000 Franken. Daran beteiligt sich der bisherige solothurnische Verein für Schuldensanierung ab 2011 mit 25 000 Franken. Der Kanton übernimmt den Restbetrag. Er wird je zur Hälfte über den Lotteriefonds und den kantonalen Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht finanziert. (SKS)

Graue Panther drohen mit Volksauftrag

Pflegekosten Die öffentliche Hand soll die Restkosten der Pflege in Spitex und Pflegeheim übernehmen: Das verlangen die Grauen Panther Olten und Solothurn – wenn nötig mit einem Volksauftrag.

VON CHRISTIAN VON ARX

«Da wird der Mittelstand im Pflegefall ausgeblutet», stellen Ruedi Fasnacht und Horst Hochrein, Präsident und Aktuar der Grauen Panther Olten, fest. Was sie ärgert, ist die vom Regierungsrat geplante Umsetzung der neuen Pflegekostenfinanzierung im Kanton Solothurn. Die Regierung will den «Selbstzahlern» die vom Bund auf maximal 20 Prozent angesetzte Patientenbeteiligung am höchsten Pflegebeitrag der Krankenkassen auferlegen (wir berichteten). Damit müssten Solothurner Patienten in Pflegeheimen und Spitex deutlich höhere Anteile selbst übernehmen als diejenigen in den Nachbarkantonen. Dabei gehe es um grosse Beträge: bis zu 5825 Franken pro Jahr in der Spitexpflege und 7884 Franken pro Jahr im Pflegeheim. Diese Zahlen seien allerdings noch nicht erhärtet, betonen Fasnacht und Hochrein. Insgesamt würden den Solothurner Pflegebedürftigen etwa 12 Mio. Franken mehr aufgebürdet,



Präsident Ruedi Fasnacht (links) und Aktuar Horst Hochrein drohen in Sachen Pflegekosten mit einem Volksauftrag der Grauen Panther. BKO

als sie in andern Kantonen zahlen müssten.

Was passiert im Kantonsrat?

Das Thema ist im Kantonsrat bereits hängig: Am nächsten Dienstag ist die Antwort des Regierungsrates auf einen Auftrag der FDP traktandiert, der im August dringlich erklärt worden war. Der Regierungsrat wollte diesen zunächst ganz ablehnen und lenkt jetzt teilweise ein (siehe Dienstausgabe).

Je nachdem, was der Kantonsrat beschliesst – und was der Regierungsrat in der Folge unternimmt – wollen die Grauen Panther mit einem Volksauftrag nachstossen. «Wir wollen schwarz auf weiss sehen, dass eine Angleichung an die anderen Kantone stattfindet», erklärt Ruedi Fasnacht, pensionierter Berufsschullehrer und ehemaliger SP-Kantonsrat (1977–89). «Wir stehen mit dem Gewehr bei Fuss, gesichert – aber geladen!», ergänzt er kampflustig.

Minimalziel: 1000 Unterschriften

Die Kompetenz zur Lancierung des Volksauftrags hat sich der Vorstand der Grauen Panther Olten diese Woche von seiner Generalversammlung geben lassen. Die Grauen Panther Solothurn haben ihre Unterstützung zugesichert. Als Entwurf liegt der Volksauftrag vor: Er verlangt eine Vereinheitlichung der Abgrenzung von Hotellerie, Betreuung und Pflege

«Wir stehen mit dem Gewehr bei Fuss, gesichert – aber geladen!»

Ruedi Fasnacht, Präsident Graue Panther Olten

mit den umliegenden Kantonen, um eine Harmonisierung der Kosten für die Patienten zu erreichen. Und: Die öffentliche Hand soll die Patientenbeteiligung am höchsten Pflegebeitrag der Krankenkassen ganz übernehmen. Ob dies der Kanton oder die Gemeinden zahlen müssten, lassen die Grauen Panther offen ...

Für einen Volksauftrag braucht es im Kanton Solothurn 100 Unterschriften von Stimmberechtigten. Die Grauen Panther wollen aber mindestens 1000 zusammenbringen. «Das Netzwerk zum Unterschriftensammeln steht bereit!», schmunzeln Ruedi Fasnacht und Horst Hochrein.